

Protest ohne Konzerne

Umweltaktivistin Ute Bertrand über Einflussnahme von Firmen auf Bürgerinitiativen und Strategien dagegen



Ute Bertrand ist Journalistin und Sprecherin der Umweltorganisation Robin Wood. Der Verein ist Teil des Organisatorenbündnisses des Kongresses »Wenn Konzerne den Protest managen«, der am Samstag in den Räumen der Berliner Humboldt-Universität stattfinden soll. Über PR-Kampagnen unter dem Deckmantel zivilgesellschaftlichen Protests und von Konzernen gesponserte Bürgerbewegungen sprach mit ihr Jérôme Lombard.

Foto: Robin Wood

Die Bürgerbewegung »Pro Lausitzer Braunkohle« setzt sich für den Weiterbetrieb von Braunkohlekraftwerken ein. In der strukturschwachen Region hängen viele Jobs vom Bergbau ab, Anwohner fürchten um ihre Existenz. Ist die Initiative eine PR-Aktion der Braunkohleindustrie, getarnt als zivilgesellschaftliches Engagement, wie Sie es schreiben?

Es ist legitim, wenn sich Betroffene für Ihre Belange einsetzen. Wir problematisieren, wenn Unternehmen Bürgerbewegungen erzeugen oder simulieren. Es ist schwierig, genau zu recherchieren, wer hinter solchen Initiativen steckt. In diesem Fall sind verschiedene Unternehmen, etwa Vattenfall, direkte Partner. Im Rheinland gibt es eine ähnlich argumentierende und auftretende Initiative, die von RWE unterstützt wird. Es ist aber schwer zu beweisen, welcher Akteur wie viel Einfluss ausübt und woher Spenden kommen. Es geht uns auch nicht darum, Initiativen als »die Bösen« darzustellen. Durch unsere Recherchearbeit wollen wir sowohl Menschen ermutigen, genauer hinzuschauen und dahinter liegende Interessen zu erkennen als auch allgemein für mehr Transparenz werben.

Unterscheiden Sie dabei zwischen Initiativen, deren Ziele sich mit den Interessen von Unternehmen überschneiden und solchen, die von Konzernen gesponsert werden?

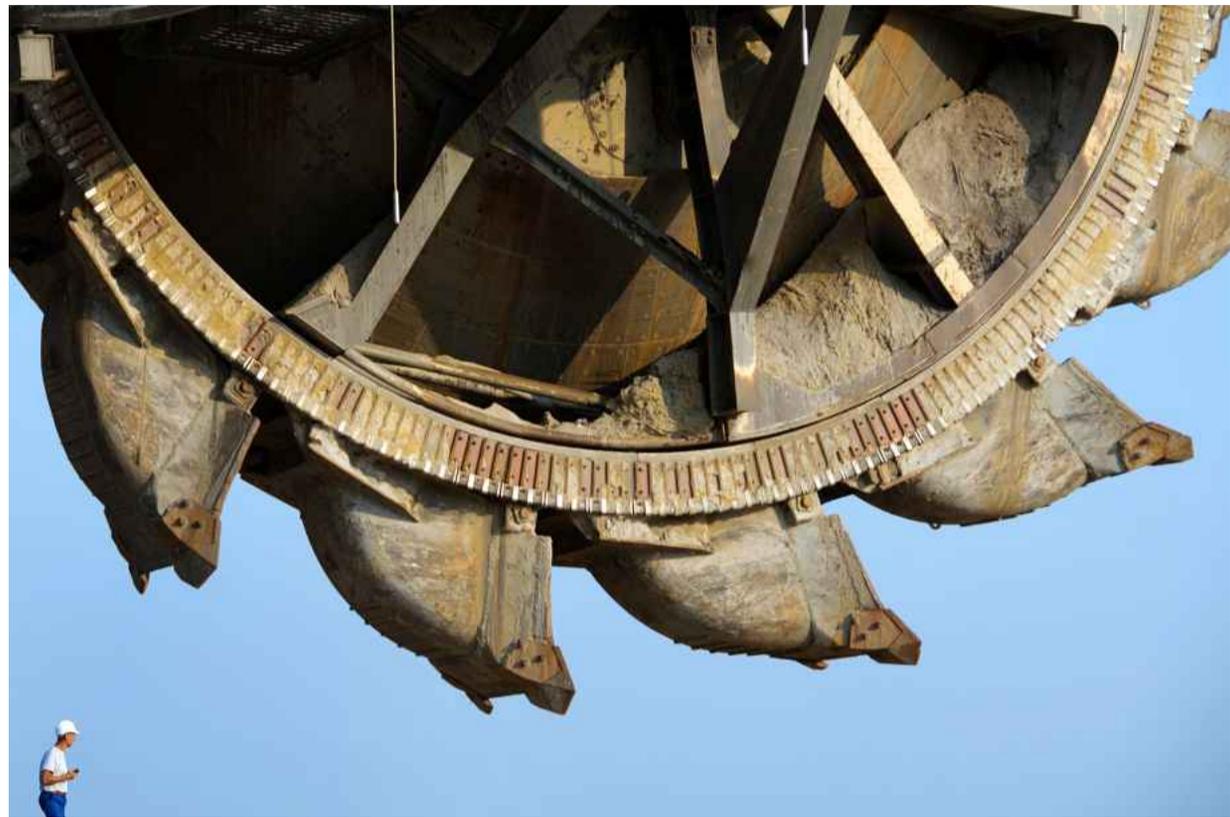
Die Übergänge sind bei diesen Pro-Kampagnen fließend. Die Grenzen, an denen privates und bürgerschaftliches Engagement aufhört und unternehmerisches Interesse anfängt, verschwimmen. In unserer Analyse versuchen wir, so genau wie möglich zu differenzieren. Auch, um die verschiedenen Nuancen zu erkennen. So gibt es beispielsweise auch PR-Firmen, die Bürgerbewegungen regelrecht faken. Dieses taktische Spiel gilt es zu durchschauen.

Es besteht die Gefahr, dass Bürgerinitiativen als Konzernhandlanger abgestempelt werden. Erfährt man beim Kongressworkshop »Graswurzel oder Kunstrasen? – Wie man angebliche Bürgerinitiativen enttarnt«, wo man die Trennlinien ziehen muss?

Es wird vor allem um Recherchemethoden gehen und darum, wie die Akteure hinter den Kulissen etwaiger Kampagnen enttarnt werden können. Ein Journalist wird seine Erfahrungen auf diesem Gebiet vorstellen. Schaut man sich die Websites vieler Initiativen an, ist auf den ersten Blick überhaupt nicht ersichtlich, wer eigentlich dahinter steckt. Hier sind schon einige Fähigkeiten vonnöten.

Ein Schwerpunkt des Kongresses sind Onlinepetitionen. Können diese instrumentalisiert werden?

Allerdings. Das Internet und speziell soziale Medien bieten Unternehmen und PR-Firmen ganz neue Möglichkeiten, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Das reicht von Onlinepe-



In der Lausitz wehren sich Bürger gegen die Abschaltung der Braunkohlebagger – mit Hilfe von Konzernen.

Foto: dpa/Arno Burgi

tionen bis hin zu gekauften Freunden bei Facebook. Eine ganze Branche von PR-Unternehmen beschäftigt sich mit sozialen Netzwerken und deren Nutzung.

Auf dem Kongress sollen Strategien gegen das Protestmanagement von

Konzernen formuliert werden. Wie könnten diese aussehen?

An erster Stelle steht die Schaffung von Problembewusstsein und Transparenz. Wir wollen bekannter machen, welche Projekte, z.B. Datenbanken zu PR-Kampagnen, Sponsoring und Lobbyismus, es bereits gibt

und wie sie unterstützt werden können. So können Informationen über die Einflussnahme von Unternehmen auf Initiativen allgemein zugänglich gemacht werden. Für uns ist entscheidend: Wo Bürgerinitiative drauf steht, muss auch Bürgerinitiative drin sein.

Spitzeln im Auftrag der Multis

Konzerne setzen vermehrt private Ermittler ein, um Aktivisten zu überwachen

Über die Schnüffelei von Sicherheitsfirmen in linken Bewegungen ist in Deutschland wenig bekannt. Die Zahl eingesetzter Spitzel könnte jene der Polizei übertreffen.

Von Matthias Monroy

Reihenweise werden derzeit Spitzel in linken Zusammenhängen enttarnt. Ende 2010 flog der britische Polizist Mark Kennedy auf, der im Auftrag der Metropolitan Police in Europa und in den USA die Klimabewegung infiltriert hatte. Kurz darauf entdeckten Aktivisten aus Heidelberg, dass ihr vermeintlicher Studienfreund Simon Bromma als verdeckter Ermittler unterwegs war. Im Sommer flog in Hamburg die Polizistin Maria Böhmichen auf, die in der »Roten Flora« spionierte hatte.

Soweit bekannt, arbeiteten die verdeckten Ermittler für Landeskriminalämter. Das gilt auch für mindestens zwei Missionen Kennedys in Deutschland. Seine Biografie verweist aber auf enge Bindungen zu privaten Sicherheitsfirmen, die ihr Geld mit der Unterwanderung linker Bewegungen verdienen. Kennedys

letzte Mission galt der Besetzung des Kohlekraftwerks Ratcliffe-on-Soar bei Nottingham. Es wird vom Energie-multi E.on betrieben.

Während und nach seiner Zeit als Polizist hatte Kennedy Beziehungen zur britischen Sicherheitsfirma Global Open, die mit Fähigkeiten in den Bereichen »Tierrechte, Umweltangelegenheiten, Korporatismus, Anti-Globalisierung« wirbt. Global Open war von E.on mit dem Ausspähen der Klimabewegung in Großbritannien beauftragt. Der Konzern hat seinen Sitz in Düsseldorf, es ist also denkbar, dass Kennedy auch deutsche Klimaaktivisten ausforschen sollte. Mit der britischen Vericola beauftragte E.on eine weitere Firma mit der Unterwanderung der Klimabewegung. Vericola bietet »Risikomanagement« für Kunden, die »potentielle Gefahren« für ihre Geschäfte befürchten.

Ein früherer britischer verdeckter Ermittler erklärte dem Sender BBC, dass sich viele private Spitzel in der Klimabewegung tummelten. Polizeiangehörige erzählten dem »Guardian«, dass Firmen mehr Ermittler in den Bewegungen führten als die Polizei. Die niederländische Aktivistin

und Autorin Eveline Lubbers hat in ihrem Buch »Secret Manoeuvres in the Dark« Fälle zusammengetragen, in denen Konzerne mit Spionage auf Proteste und Kampagnen reagieren. Sie beauftragen Mitarbeiter, die zuvor bei Polizei oder Geheimdiensten beschäftigt waren. Mitunter erhalten Firmen Informationen sogar direkt von Sicherheitsbehörden.

Einer der spektakulärsten deutschen Fälle liegt 15 Jahre zurück. Damals flog der vermeintliche Münchner Dokumentarfilmer Manfred Schlicker auf. In seinen Filmen über radikale, militante und bewaffnete linke Bewegungen hatte er umfangreiches Material gesammelt, das er an europäische Geheimdienste weitergab. Aktivisten stießen später auf eine »Honorar- und Spesenabrechnung in der Greenpeace-Recherche«, die an die weltweit tätige Beraterfirma Hakluyt in London adressiert war.

Ebenfalls weite Kreise zog der Nestlé-Skandal, den das Westschweizer Fernsehen 2008 öffentlich machte. Der Nahrungsmittelkonzern ließ eine Ortsgruppe des globalisierungskritischen Netzwerks Attac im

Kanton Waadt von der Firma Securitas ausforschen. Eine Mitarbeiterin trat der Attac-Arbeitsgruppe »Multis« bei und besuchte Sitzungen auch in Privatwohnungen. Wenig später deckten die Redakteure auf, dass Nestlé zwischen 2002 und 2005 eine weitere Ermittlerin beauftragte. Kurz darauf flog eine dritte Securitas-Spionin auf, die etwa eine Antirepressionsgruppe zum G8-Gipfel von Evian 2003 unterwanderte. Die Polizei im Kanton wusste angeblich von den geheimen Recherchen.

In nur wenigen Gerichtsverfahren wurden die Sicherheitsfirmen gezähmt: Attac konnte sich in der Schweiz zwar nicht mit einem Strafverfahren durchsetzen, jedoch erhielten zwei Mitglieder im Zivilverfahren je 3000 Franken. Laut dem Gericht hätten sich Nestlé und Securitas der »unerlaubten Infiltration« schuldig gemacht und Persönlichkeitsrechte der Kläger verletzt. Nun verklagt eine britische Aktivistin Global Open. Sie beschuldigt die Firma, weil Kennedy als privater Ermittler mit ihr eine sexuelle Beziehung begonnen haben soll. Das Verfahren steht noch am Anfang.